

Reich ohne Österreich

Bismarcks Reichsgründung aus österreichischer Sicht

Von Andreas Mölzer

Als am 18. Januar des Jahres 1871 der preußische König im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt wurde, war dieses zweite Deutsche Reich, wie es ex post genannt werden sollte, bereits seit dem 1. Januar des gleichen Jahres verfassungsrechtliche Realität. Die mit Jahresbeginn 1871 in Kraft getretene gemeinsame Verfassung entsprach dem Text der Verfassung des Norddeutschen Bundes, und bereits am 10. Dezember des Vorjahres war vereinbart worden, die Bezeichnung „Deutscher Bund“ durch „Deutsches Reich“ zu ersetzen. Damit hatte sich der neue kleindeutsche Nationalstaat zumindest vom Staatsnamen her in die Tradition des alten Heiligen Reiches Deutscher Nation gestellt. Der österreichische Historiker Heinrich Ritter vom Sribk, der Präzeptor der sogenannten „Gesamtdeutschen Geschichtsauffassung“, schrieb dazu in seinem Standardwerk „Die Deutsche Einheit“ in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts: „Dieses zweite Reich trug den Namen Reich nicht im Geist des ersten Reiches. Sein Kaisertum war keine Wiederherstellung der seit 60 Jahren ruhenden deutschen Kaiserwürde, seine Krone war nicht die Krone Karls des Großen, sein Adler nicht der alte einköpfige Reichsadler, und es war nicht im politischen Sinn der Nachfrager des alten Reiches, wie Treitschke meinte. Es war ein Regnum Teutonicum, kein Imperium der Ideen. Die universale Idee war aus ihm geschwunden, es war räumlich saturiert, war nicht mehr Europa und selbst nicht Mitteleuropa, wie noch im Grunde der Deutsche Bund, es war eine Großmacht unter Großmächten, keine abendländische Ordnungsmacht an sich.“ Anmerkung 1

Tatsächlich gab es bereits im Revolutionsjahr 1848 den Versuch der Gründung einer Staatlichkeit namens „Deutsches Reich“ als deutscher Bundesstaat. Dessen Reichsregierung und damit provisorische Verfassung wurde im Juni 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung konstituiert und wurde vom Präsidium des Deutschen Bundes auch anerkannt. Dementsprechend gab es bereits eine provisorische Zentralgewalt in Form einer Reichsregierung, an deren Spitze der Reichsverweser als eine Art Ersatzmonarch mit einer Reihe von Ministern stand. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes wurde damals der Habsburgerprinz Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt. Im Gegensatz zur Gründung Otto von Bismarcks im Jahre 1871 umfasste dieses niemals zur politischen Realität gewordene „Deutsche Reich“ des Revolutionsjahres immerhin alle Teile des deutschen Volkes, auch die Deutschen der Habsburgermonarchie, die bekanntlich die Frankfurter Nationalversammlung mit gewählt hatten.

Das alte Reich und Habsburg

Um Österreichs Haltung zur bismarckschen Reichsgründung zu verstehen, gilt es die österreichische Reichsvariante zu beleuchten, die bekanntlich von der Schlacht bei Dürnkrut im August 1278, als der Habsburger Rudolf I. den Böhmen-König Ottokar Premysl besiegte, bis zur Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone im Jahre 1806, die deutsch-mitteleuropäische Geschichte dominierte. Bereits der Name „Österreich“ enthält den Begriff „Reich“ und nahezu ein halbes Jahrtausend lang war dieses Österreich bekanntlich die zentrale Stütze der römisch-deutschen Reichsidee. Wenn das Spätmittelalter noch durch einen Wechsel der Herrschergeschlechter von Habsburg über die Luxemburger bis hin zu den Wittelsbachern gekennzeichnet war, stand die Reichsgeschichte mit der beginnenden Neuzeit vollends im Zeichen Habsburgs. Beginnend mit Kaiser Friedrich III., den Arthur Moeller van den Bruck die „Erste jene fürstlichen Trottelfiguren, die dann in Zeiten des Absolutismus so überaus zahlreich in Deutschland werden sollten“ nannte, konnte das Haus Habsburg – ab Franz I. (Franz Stephan von Lothringen) das Haus Habsburg-Lothringen – durchgehend bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches in der napoleonischen Zeit, den Kaiser stellen. Dieser Friedrich III. regierte fünf Jahrzehnte und war über lange Zeitspannen das Gespött, nicht nur seiner Gegner, die er allerdings alle überlebte. Unter ihm wurde Wien zur Residenzstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und obwohl unter ihm das Reich in Wirren geriet und seine eigenen Erbländer im Chaos versanken, war er doch wie kein anderer von der kaiserlichen Auserwähltheit seines Hauses überzeugt. Und er vermochte jene Fäden zu spinnen, die die Macht der Casa d’Austria begründeten. Sein Wahlspruch AEIOU „Alles Erdreich ist Österreich Untertan“ symbolisierte den imperialen Anspruch, nicht nur des Herrenhauses, sondern des Reiches überhaupt.

Das Ausgreifen seines Sohnes Maximilian auf das burgundische Erbe des Karls des Kühnen, seine Kämpfe gegen Frankreich, die Erbverträge mit Böhmen und Ungarn waren, auch wenn bei Hausmacht Interessen vielfach im Vordergrund standen, dennoch immer reichsische deutsche Politik. Erst die Versippung der Habsburger mit dem spanischen Königshaus, die Verbindung des kaiserlichen-römischen Kaiseranspruches mit der, aus der Reconquista blutig und fanatisch herausgewachsen den Katholizität, die durch die jungen überseeischen Kolonien überdies mit einem Male globale Ausdehnung fand, änderte dies grundlegend. Mit Karl V. tritt dann die habsburgische Reichsidee als weltpolitisch bestimmendes Element in die Weltgeschichte der Neuzeit. Und damit war sie keine deutsche Sache allein. Dieser Karl V. betrachtet sich immer in erster Linie als König von Spanien, kulturell vielleicht als Burgunder, als Kaiser, nicht aber als deutsches Oberhaupt, sondern als Weltherrscher, als Monarch des mittelalterlichen Universalreiches.

Der Reichsbegriff selbst allerdings befand sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder in einem grundlegenden Wandel. Erst als dem Reich der gesamtabendländische Anspruch zur leeren Phrase verdarb, als der Kaiser weder über Rom gebot, noch über die anderen europäischen Herrscher zu gebieten vermochte, als sich die Macht des Reiches immer mehr auf vorwiegend deutsches Territorium zu beschränken begann, gab es die Chance, Reichspolitik wirklich als deutsche Nationalpolitik zu betreiben. Die seit dem Konstanzer Konzil (1414 bis 1418) immer häufiger gebrauchte Charakterisierung des Heiligen römischen Reiches als eines „deutscher Nation“ deutete diese Entwicklung an. **Indessen hatten sich allerdings die Herrschaftsrealitäten in Deutschland selbst der Gestalt geändert, dass die verschiedenen Fürstenhäuser auch das Kaiserhaus eher kleinräumig strukturierte Hausmachtspolitik betrieben, als Reichspolitik.** Und dies führte zwangsweise zur Entwicklung der deutschen Territorialstaaten, die bis zur bismarckschen Reichsgründung die politischen Realitäten in Deutschland prägten. Und so erwuchs jene territoriale Zersplitterung, die das alte Römische Reich Deutscher Nation in seiner Spätzeit lähmen sollte.

Doch neben der gewissermaßen spirituellen Bedeutung der Reichsidee unter österreichischer Führung gab und gibt es geopolitische Konstanten, welche die habsburgische Politik bestimmten. Heinrich Jordis von Lohausen, der große österreichische Geopolitiker, formulierte dies mit wenigen treffenden Sätzen: „Mit den Alpen als Rückgrat konnte Österreich seine Wege sowohl nach dem inneren Deutschlands nehmen, als auch in Richtung Italien, Ungarn und Polen. Zumindest stückweise ist es diese Wege alle gegangen. Es folgte damit dem Zug einer Landschaft, in welcher Pontisches Atlantischem und Baltisches Mediterranem begegnet. Von den vier Windrichtungen, die mithin ihr Schicksal bestimmten, überwiegend zwei. Seine Ursprünge liegen in Deutschland, seine vornehmste Aufgabe befand sich im Bereich der mittleren und unteren Donau, die Flanken Schlesien, die Ostsee, aber auch Italien treten dagegen zurück. Doch ist das Ganze, jeder größere Zusammenhang dem Österreich unlösbar zugehört, dem Raum nach nicht weniger, als das gesamte Mitteleuropa der Geschichte nach umfassender, denn Österreich war nicht nur das Land an der Grenze, sondern überdies Träger der gesamteuropäischen Überlieferung, es war das teilweise verwirklichte gesamtabendländische Reich, war über seine Besitzungen am Rhein, im Burgund und in den Niederlanden auch dem europäischen Kernraum weit stärker verbunden, als etwa Spanien, England und Preußen. Und ihm lastet die doppelte Aufgabe von Grenzwacht und römischer Krone: Hier die zentrale deutsche und europäische, dort die periphere donauländische.“

Obwohl Habsburg für lange Zeitperioden durch das burgundische Erbe auch im Westen engagiert war, was zu ständigen Kriegen gegen Frankreich zwang, entwickelt sich das habsburgische Dominium

gewissermaßen zu einem Reich im Osten. Das Jahr 1683 und die erfolgreiche Abwehr des zweiten Türkensturms auf Wien bedeutet für die Entwicklung dieses Reiches im Osten ein Schlüsseldatum. Entgegen allen Legenden war es das Reichsheer, das bis 1683 vor Wien den wesentlichen Sieg errang und nicht der Polenkönig Sobieski. Dieses Reichsheer, das vor Wien unter dem gemeinsamen Feldzeichen der Fahne des weißen Kreuzes im roten Feld der alten Lehens und Blutbahn der deutschen Könige kämpfte, sollte letztlich unter Prinz Eugen Jahrzehnte danach den gesamten Donauraum für Habsburg erobern. Die gewaltige Landmasse, die hier von Habsburg erobert wurde, gehörte zwar nicht zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, war aber zum einen durch das Herrscherhaus mit der römisch-deutschen Krone verbunden und zum anderen durch einen neuerlichen und letzten gewaltigen Schub deutscher Ost- und Südostkolonisation. Diese führte jene Territorien dem Abendlande und dem deutschen Mitteleuropa zu. Somit war dieses Reich im Osten nicht nur der Auswuchs des universalen Anspruchs des Hauses Habsburgs, es war auch Frucht einer deutschen Kulturleistung, wo deutscher Bauern- und Handwerkerfleiß und deutsches Stadtrecht diesen Großraum wieder an das Abendland banden, nachdem er Jahrhunderte durch die Türkenherrschaft ausgesogen worden war.

Die eigentliche Symbolfigur dieses habsburgischen Reiches im Osten, das dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation so eng verbunden war, war der Savoyer Prinz Eugen. Ihm gebührt ein Ehrenplatz im historischen Bewusstsein der deutschen Gesamtnation. Nicht nur für Österreich hat er sich große Verdienste erworben, sondern auch für das Reich.

Ritt er den kaiserlichen Truppen voran, vielmehr kämpft er auch am Rhein, Mosel und Schelde nicht nur für Habsburg, sondern auch für das Reich, für Deutschland, gegen den Landhunger der Franzosen. Heinrich Ritter von Srbik schreibt über Prinz Eugen: „Als deutscher Held wurde Eugen gefeiert, deutsch war der Charakter des kaiserlichen Heeres trotz der bunten Völkervielfalt, das Reichsgefühl lebte in seinem deutschen Herren und ein Bayer sang zuerst das Lied vom Prinzen Eugen, dem edlen Ritter“.

Auf Deutschland hin orientierte Reichspolitik betrieben auch noch Maria Theresia und ihr Sohn Joseph II. Beide hatten aber mit dem aufstrebenden Preußen zu kämpfen, das eine territoriale Basis auch außerhalb der alten Reichsgrenzen hatte und das sich vom neuen deutschen Machtfaktor auch immer wieder gegen die Reichsinteressen im eigentlichen Sinne entwickelte. Im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte das Haus Österreich es jedenfalls hinzunehmen, dass sich mit dem

friderizianischen Preußen ein neuer Machtfaktor in Deutschland entwickelte, der sich schließlich über den deutschen Dualismus bis hin zur bismarckschen Reichsgründung entwickeln sollte.

Und dann kam die Französische Revolution und in deren Folge Napoleon Bonaparte. Das napoleonische Kaisertum, beruhend nicht auf freie Weihe, Würde und Altar, sondern bloß auf den Bajonetten der französischen Grenadiere, war zu beherrschenden Macht geworden. Die Kaiserwürde des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation machte sich dagegen wie ein schäbiges Ersatzstück aus dem düsteren Mittelalter aus. Modern war es geworden, sich im Rheinbund von Napoleons Gnaden zu Königen machen zu lassen und sich den bonaparteischen Parvenüs anzubiedern. Kaiser und Reich galten da nur mehr sehr wenig.

Demnach erschien es folgerichtig zu sein, dass sich der Habsburger Franz II. der alten deutschen Königskrone und der römischen Kaiserwürde im Jahre 1806 entledigte. Sein Machtbereich scharte sich um das panonische Donaubecken, deutsche Länder besaß er nur mehr in geringen Umfang. So war die Begründung des „Kaisertums Österreich“ im Jahre 1804 offenbar durchaus zweckmäßig und logisch. Und dennoch war der Verzicht auf die römisch-deutsche Krone wahrscheinlich der folgenschwerste Fehler der habsburgisch-österreichischen Politik. „Denn einmal preisgegeben war diese einst schwer umkämpfte kaiserliche Würde für immer dahin, mit ihr alle 900 Jahre deutsche Geschichte, verknüpfte Rechte, sowie der seither unangefochten gebliebene Vortritt des deutschen Königs vor allen anderen Fürsten des Abendlandes. Nicht nur der Kaiser selbst verlor damit an Gewicht, auch sein Land, alle Länder der römischen Krone.“ So formulierte es Heinrich Jordis von Lohausen.

Zwar trug das Haus Habsburg noch den Titel eines Kaisers, aber es war nur noch ein Kaiser im eigenen Land, es war nicht mehr schlechthin *der* Kaiser. Was Franz im Jahre 1806 getan hatte, wäre vielen seiner Vorfahren als schändliches Versagen erschienen. Tatsächlich fiel mit der römisch-deutschen Kaiserwürde das ganze Reich und ohne Reich war Deutschland nur noch ein geographischer Begriff.

Reichsromantik – die Sehnsucht nach Kaiser und Reich

Im Zuge des Wiener Kongresses wurde Europa neu geordnet und anstelle des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation trat der Deutsche Bund, in dem Österreich unter Habsburg zwar die Präsidialmacht stellte, allerdings in Form des deutschen Dualismus machtpolitisch gleichrangig mit Preußen war. Gleichzeitig aber gab es jene literarisch-geistige Strömung, die im Zuge der

deutschen Romantik den Rückweg zum mittelalterlichen Universalkaisertum als lebendiger Kraft entdeckte. Die Staatslehre der Romantik replizierte auf die großen geschichtlichen Kräfte des christlich-deutschen Mittelalters und definierte das mittelalterliche Kaisertum als eine übernationale, die Nationen verbindende und doch deren Individualität wahrende Idee, als ein geistiges Band der religiös-politischen Einheit des Abendlandes. Diese deutsche Romantik, die historische Rechtsschule und die Philosophie eines Friedrich Wilhelm Schelling, Denker wie Friedrich Schlegel, Josef Görres und Adam Müller deuteten das römisch-deutsche Kaisertum des Mittelalters auf neue Art und Weise. Insbesondere der Reichsfreiherr von Stein, der preußische Staatskanzler und „erster Erzieher der Deutschen zu Idee des Nationalstaates“, wie Heinrich Ritter von Srbik formulierte, war es, der an ein neues deutsches Reich dachte, dem Österreich und Preußen nur als machtpolitische Werkzeuge zu dienen gehabt hätten. Geboren aus dem Wesen deutschen Volkes und der deutschen Kultur.

Die Realität des Deutschen Bundes in dessen war eine andere. Das System des österreichischen Staatskanzler Clemens Wenzel von Metternich hatte weder für Reichsromantik, noch für ein neues deutsches Nationalgefühl, geschweige denn für liberale Tendenzen Verständnis. Bekanntlich bestand dieser Deutsche Bund aus 35 souveränen Fürstentümern und vier freien Städten. Österreich und Preußen gehörten ihm nur mit den jeweiligen Staatsgebieten an, die auch schon Bestandteil des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen waren. Unter der Führung Österreichs entwickelte sich der Staatenbund zu einem Vollzugsorgan der Restauration zur Aufrechterhaltung der monarchischen Legitimität und Ordnung. Nationale liberale und demokratische Ideen wurden mit dem metternichschen Polizeistaatsmethoden bekämpft und die Forderungen nach konstitutioneller Ordnung, nach Einheit und Freiheit wurden rigoros unterdrückt. Insbesondere die aufkeimende deutsche Nationalbewegung, wie sie sich in der Urburschenschaft manifestierte, wurde durch die Karlsbader Beschlüsse des Jahres 1819 rigoros unterdrückt.

Das Wartburgfest, das Hambacherfest, der Frankfurter Wachensturm, all das waren Stationen hin auf dem Weg zur deutschen Revolution von 1848 und stets war neben den freiheitlichen Bestrebungen der Deutschen der Gedanke der nationalen Einheit und eine Wiedererrichtung des Reiches eine der großen Triebkräfte.

Im Ringen um die Führung in Deutschland zwischen Preußen und Österreich, das auch während des Revolutionsjahres 1848/49 die wesentlichste machtpolitische Frage darstellte, stellte die Wahl des Habsburger-Prinzen Erzherzog Johann zum Reichsverweser in der Frankfurter Paulskirche ein letztes Mal so etwas wie einen österreichischen Sieg dar. Als eine Art Ersatz-Monarch in einer

konstitutionellen Monarchie konnte der freisinnige und fortschrittliche Habsburger-Prinz noch einmal als Repräsentant des Erzhauses für wenige Monate an der Spitze deutscher Staatlichkeit stehen. Immerhin vom 28. Juni 1848 bis zum 20. Dezember 1849 hatte Erzherzog Johann diese Reichsverweserschaft inne und konnte somit auch Reichsminister ernennen. Insbesondere der Österreicher Anton von Smerling vermochte in dieser Phase der 48er Revolution die Österreich einbeziehende Großdeutsche Lösung zu favorisieren. Nach Schmelings Scheitern musste der Reichsverweser Heinrich von Gagern zum Reichsministerpräsidenten ernennen, der bekanntlich eher die Kleindeutsche Lösung mit Preußen favorisierte. Der König von Preußen indessen lehnte die Reichsverfassung und die Kaiserkrone ab und die deutsche bürgerliche Revolution und damit auch ihr Versuch, die deutsche Einheit herzustellen, scheiterte.

Königgrätz und die Folgen

Der österreichische Ministerpräsident Felix Fürst Schwarzenberg stellte im Jahre 1850 den deutschen Bund wieder her, vorläufig ohne Preußen, welches sich aber in der Folge wieder entschloss beizutreten. Österreichs Außenpolitik im Jahrzehnt des Neoabsolutismus, also von der Niederschlagung der Revolution im Jahre 1849 bis 1859 war eher glücklos. So geriet man wegen der Unterstützung Montenegros am Balkan zunehmend in Gegensatz zum zaristischen Russland, welches die Habsburger Monarchie in den Revolutionsjahren noch unterstützt hatte. Und im Hinblick auf die Einigungsbestrebungen Italiens durch das Haus Savoyen war die Habsburger Monarchie ohnedies der Hauptfeind. Überdies verbündete sich Frankreich unter Napoleon III. in Geheimgesprächen mit den Savoyischen Minister Cavour und verpflichtet sich zur militärischen Unterstützung der Einigungsbewegung Italiens. Und die Rivalität mit Preußen spitzte sich von Jahr zu Jahr zu. Gewogen bleiben der Habsburger Monarchie in diesem Spiel der Kräfte nur die süddeutschen Mittelstaaten, doch deren politisches und militärisches Gewicht sollte sich als gering erweisen.

Als im Frühjahr 1859 der Krieg zwischen der Habsburger Monarchie und dem Königreich Sardinien ausbrach, standen die Franzosen an der Seite der Italiener. Nach den verlorenen Schlachten bei Magenta und bei Solferino verlor Österreich die Lombardei. Damit zeichneten sich auch der Verlust Venetiens ab und letztlich damit die italienische Einigung.

Auf der politischen Ebene des Deutschen Bundes kam es trotz der österreichischen Versuche mit Preußen ein gedeihliches Verhältnis zu bewahren, mit dem Amtsantritt Otto von Bismarcks an der preußischen Staatsspitze im Oktober des Jahres 1862 zur verschärften Spannungen. Der österreichische Historiker Erich Zöllner (vgl. Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur

Gegenwart, Seite 406 ff.) schreibt, dass mit Bismarck „ein selbstsicherer, zielstrebigter Staatsmann an die Spitze der preußischen Außenpolitik trat, der von vornherein bestrebt war, den Zustand des labilen Gleichgewichts im Deutschen Bund zu Gunsten einer Hegemonie des eigenen Staates zu liquidieren und dabei gegebenenfalls einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Habsburger Staat nicht aus dem Weg zu gehen.“

Im Bundestag wurde Preußen meistens majorisiert, da die deutschen Mittelstaaten eher mit Habsburg und mit Österreich sympathisierten und überdies die Ausdehnungsbestrebungen Preußens innerhalb des Deutschen Bundes fürchteten. Als aber im Jahre 1863 der österreichische Kaiser Franz Joseph eine Reform des Deutschen Bundes initiierte – man strebte die Erneuerung der Kaiserwürde an – scheiterte diese an der Absage Preußens. Zwar wurde der österreichische Reformvorschlag auf dem Fürstenkongress von Frankfurt mit großer Mehrheit angenommen, wobei ein Fünferdirektorium unter österreichischem Vorsitz, ein Bundesgericht und ein mit tatsächlichen Vollmachten ausgestatteter Bundesrat vorgesehen waren. Bismarck allerdings antwortete mit Gegenvorschlägen, die eine deutsche Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen forderten. Das allerdings konnte das in jenen Tagen von politischen und nationalen Problemen zerrüttete oder Österreich nicht annehmen. Überhaupt war der preußische Schritt von Bismarck wohl nur unternommen worden, um den österreichischen Plan zum Scheitern zu bringen.

Schließlich war es die schleswig-holsteinische Frage, die endgültig zum Bruch zwischen Preußen und Österreich führte. Bereits im Revolutionsjahr 1848/49 war es in den von überwiegend Deutschen bewohnten Fürstentümern Schleswig und Holstein und Lauenburg zum Aufstand gegen die dänischen Herrschaftsansprüche gekommen. Als im Jahre 1863 die dänische Regierung selbst die Bestimmungen des ohnedies für Dänemark sehr günstigen Londoner Vertrags von 1852 brach, wonach die Fürstentümer noch eine Sonderstellung im Rahmen der Länder der dänischen Krone hatten, forderte die öffentliche Meinung in Deutschland den Kampf um Schleswig-Holstein. Und in der Tat griff der Deutsche Bund militärisch ein. Dänemark hoffte vergeblich auf englische Hilfe, musste schließlich im Frieden von Wien beide Herzogtümer abtreten. Die Probleme zwischen Preußen und Österreich traten allerdings erst nach dem militärischen Erfolg auf. Die Sieger mussten nämlich zu einer Einigung über die Elbherzogtümer kommen, deren Bevölkerung am liebsten die Bildung eines eigenen deutschen Bundesstaates gesehen hätte. Preußen, welches nur Lauenburg erhielt, wollte allerdings auch Schleswig und Holstein zum Anspruch auf seine Stellung an Nord- und Ostsee für sich behalten. Die Österreicher versuchen dies naturgemäß zu verhindern. Im Vertrag von

Gastein vereinbarte man im Jahre 1865 die Teilung der Verwaltung. Holstein sollte durch Österreich, Schleswig doch Preußen verwaltet werden. Ein Provisorium, das nicht halten sollte.

Nachdem sich die Gegensätze zuspitzten, schloss Preußen im April 1866 mit Italien eine gegen Österreich gerichtete Allianz und verletzte somit die Deutsche Bundesakte. Und nachdem Österreich – allerdings entgegen der Bestimmungen des Gasteiner Vertrags – die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem Deutschen Bund zugewiesen hatte, besetzte Preußen Holstein und darauf wiederum kam es zu dem einigermaßen sinnlosen Vertrag Österreichs mit Frankreich unter Napoleon III., der die Abtretung Venetiens selbst für den Fall eines für Österreich positiven Ausgangs eines österreich-preußischen Krieges vorsah, wofür sich Frankreich nur zur Neutralität verpflichtete.

Das von Preußen zur gleichen Zeit veröffentlichte „Bundesreformprogramm“ verlangte den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund. Im Bundesrat allerdings wurde mit neun gegen sechs Stimmen die von Österreich verlangte Mobilisierung gegen Preußen beschlossen. Danach erklärte der preußische Gesandte die Bundesverfassung für erloschen und der Deutsche Bund, an der Spitze Österreich, befand sich im Kriegszustand mit Preußen. Auf der österreichischen Seite standen die meisten deutschen Mitgliedstaaten, darunter im Norden Hannover, Sachsen, Hessen-Kassel, im Süden Bayern, Baden und Württemberg. Auf der preußischen Seite standen die Hansestädte und die norddeutschen Kleinstaaten, sowie das verbündete Königreich Italien.

Nun werden gemeinhin die Ereignisse des Jahres 1866 der Deutsche Bruderkrieg und die Schlacht von Königgrätz nur als eine Etappe ihn hin zur kleindeutschen Einigung, eben als einer von mehreren deutschen Einigungskriegen betrachtet. Tatsache ist aber, dass die Kaiserkrone des von Bismarck begründeten Wilhelminischen Deutschland in Wahrheit auf dem Schlachtfeld von Königgrätz geholt wurde und nicht in den Kämpfen von Paris, so formulierte es Heinrich Ritter von Srbik, der Großmeister der Gesamtdeutschen Geschichtsschreibung. Dort nämlich, in Königgrätz, starb – so Srbik – der deutsche Primat Österreichs, des alten Trägers der Kaiserkrone, der auf verengtem Raum die verblasste Kaiser- und Reichsidee in sich trug und im Bunde leitete“. Und weiter: „Der Deutsche Bund, der seinen Ursprung zeitgeschichtlichen aus der Vergangenheit heraufreichenden Tendenzen verdankte und der kein Rechtsnachfolger, aber ein geistig-politischer Erbe des Reiches in vielen war, er musste sterben.“ Und er schließt: „Auf dem böhmischen Schlachtfeld ist in Wahrheit das Tausendjährige heilige Reich erst vollends zu Grabe getragen worden und durch dieses Ende eines Jahrtausends deutscher Geschichte ist die Bahn frei gemacht und sind die Voraussetzungen

geschaffen worden für das zweite Reich, das am 18. Januar 1871 in Versailles seine Krönung erhielt...“

Doch noch war das Ganze nicht beschlossene Sache: Als die Truppen der verfeindeten Parteien in Böhmen aufmarschierten – auf die österreichische Seite hatten sich die Sachsen durchgeschlagen, während die Hannoveraner gegenüber den Preußen kapitulieren mussten – wähnten sich die Österreicher noch im Recht. Sie zogen in den Kampf als Präsidialmacht des Deutschen Bundes, die Mehrheit der deutschen Kleinstaaten war auf ihrer Seite. Doch war auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, konkret in Böhmen klar, dass die Österreicher und somit die Bundestruppen gegen einen an Ausbildung und Bewaffnung überlegenen Gegner zu kämpfen hatten. Die preußische Infanterie war schon seit einigen Jahren mit einem Hinterlader, dem Zündnadelgewehr, ausgerüstet, dessen Feuerschnelligkeit wesentlich größer war als die der österreichischen Vorderlader. Allerdings galt die österreichische Kavallerie der preußischen gegenüber als gleichwertig, und im Bereich der Artillerie verfügten die Österreicher über das bessere Geschützmaterial. Abgesehen davon aber war es das wesentlichste, dass die preußische Armee besser geführt wurde als die österreichische. Der preußische Generalstabschef Helmuth von Moltke hatte hohes strategisches Können und entsprechende Entschlusskraft. Der österreichische Kommandeur hingegen, Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, war zweifellos ein tüchtiger und beliebter Truppenführer, besaß aber kaum Kenntnisse des Kriegsschauplatzes und sollte somit in der Folge zum Sündenbock für die Niederlage werden.

Die Kämpfe auf der Südfront, die allerdings für die Entscheidung in Deutschland keinerlei Bedeutung hatten, verliefen für Österreich günstig. Am 24. Juni 1866 besiegten die Österreicher bei Custozza eine übermächtige italienische Armee, dennoch sah man sich gezwungen Venetien aufzugeben, aufgrund der Entwicklungen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, da man das Gros der Truppen der Südarmerie an die Donau transportieren wollte. Allerdings wandte sich die preußische Armee nicht, wie man im preußischen Hauptquartier vermutet hatte, in Richtung Mähren, sondern eben nach Böhmen. Nach weitgehend für die Preußen erfolgreichen Gefechten am Beginn des Feldzugs zweifelte der österreichische Kommandeur Benedek bereits vor der Entscheidungsschlacht an der Möglichkeit einer günstigen Wendung und riet dem Kaiser telegrafisch zu einem Friedensschluss. Dieser bestand aber auf die Annahme einer großen Entscheidungsschlacht. Zu dieser kam es dann am 3. Juli 1866 bei Königgrätz. Nachdem die Österreicher anfangs dem Ansturm der preußischen Armee des Prinzen Friedrich Karl standgehalten hatten, entschied die neue eintreffende Armee des preußischen Kronprinzen die Schlacht. Nur die Preisgabe der österreichischen Artillerie und der Kavallerie konnten eine völlige Katastrophe vermeiden. Doch der Rückzug über die Elbe führte zu

zusätzlichen katastrophalen Verlusten. Und nur mit Mühe gelang es Benedek, den Rest der Armee an die Donaulinie zurückzuführen. Der Feldzugmeister wurde daraufhin seines Kommandos enthoben, wurde zum Sündenbock abgestempelt und nach einem Kriegsgerichtsverfahren dazu verpflichtet, zeitlebens über die Umstände der Schlacht von Königgrätz zu schweigen.

Daraufhin wurde am 22. Juli ein Waffenstillstand, am 6. August der Vorfriede von Nikolsburg und am 22. August der Friede von Prag geschlossen. Und es war Otto von Bismarck, der das Ansinnen seines Königs, als Triumphator in Wien einmarschieren zu wollen, zurückwies. In weiser Voraussicht bremste er die weitergehenden Forderungen der preußischen Militärpartei und verzichtete auf Gebietsabtretungen Österreichs und Sachsens. Für den Bestand des Königreichs Sachsen hatte sich Kaiser Franz Joseph ehrenwörtlich verpflichtet. In territorialer Hinsicht hielt sich Preußen freilich durch die Erwerbung von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und eben auch Schleswig-Holstein schadlos. Dadurch wurde die Lücke zwischen den rheinischen und altpreußischen Landen geschlossen, und mit den noch weiter bestehenden norddeutschen Staaten, einschließlich Sachsens, der Norddeutsche Bund vereinbart.

Während Preußen also in Deutschland nördlich der Mainlinie absolut dominant geworden war und sich im Norddeutschen Bund bereits die kleindeutsche Vereinigung abzeichnete, wurde die Habsburger Monarchie durch die Niederlagen gezwungen, im Inneren weitgehende Liberalisierungen zuzulassen. Einerseits kam es 1868 zum Ausgleich mit Ungarn, wodurch die K & K Monarchie im Wesentlichen ein Doppelstaat, zusammengehalten nur durch die Personalunion in Person des Herrschers und durch die gemeinsame Außenpolitik wurde. Zum anderen brach in der zentral-europäischen, also der westlichen, deutsch dominierten Reichshälfte die liberale Ära an, im Zuge derer sich Konstitutionalismus und Parlamentarismus durchsetzen. So wurde eine Volksvertretung bestehend aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus, geschaffen, sowie eine Verfassung mit der Definition der Grundrechte, die bis zum heutigen Tag im österreichischen Verfassungsrecht Bestand haben.

In der großen europäischen Politik standen die Jahre nach der Schlacht von Königgrätz und dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund im Zeichen der Bemühungen Napoleons III., den wachsenden preußischen Einfluss in Europa einzudämmen. Die Versuche Napoleons, ein antipreußisches Bündnis mit den Habsburgern zu schließen, weil es in Kreisen des Militärs und des Kaiserhauses durchaus Kräfte gab, die kurz- und mittelfristig einen Revanchekrieg mit Preußen angedacht hatten, scheiterten allerdings. Dies deshalb, da Napoleon vom Habsburger Kaiser als

Hauptverantwortlicher für die Tragödie seines Bruders Maximilian in Mexiko betrachtet wurde. Maximilian war auf französisches Betreiben nach Mexiko gegangen, um dort Kaiserwürde anzunehmen, wurde jedoch nach dem militärischen Scheitern standgerichtlich erschossen. In den Kreisen des Erzhauses betrachtete man Napoleon III. als Hauptverantwortlichen für diese Tragödie.

Dennoch gab es in Wien, wie gesagt scharf antipreußisch eingestellte Militär- und Hofkreise, die vor allem von Erzherzog Albrecht angeführt wurden. Dieser plante ganz offen einen Revanchekrieg gegen Preußen, wollte allerdings die Zeit für die Beendigung einer Heeresreform abwarten. Als diesbezüglich im Frühjahr 1870 der Erzherzog in Paris und gleichzeitig der französische General Lebrun in Wien verhandelten, kam es allerdings wieder nur zu unverbindlichen Vorschlägen. Dennoch hoffte die französische Regierung, sowohl auf eine österreichische, als auch auf eine italienische Intervention, als es am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg erklärte. Ausschlaggebend war dann allerdings die Haltung von Kaiser Franz Joseph selbst, der gegen die antipreußische Haltung von Erzherzog Albrecht und seines Außenministers Friedrich von Beust, dem vormaligen sächsischen Außenminister entschied, dass Österreich in einer einfachen „unbewaffneten Neutralität“ im Hinblick auf die preußisch-französische Auseinandersetzung verharren solle. Der Anschluss der süddeutschen Staaten an Preußen und den Norddeutschen Bund, die Stimmung der Deutschen in den habsburgischen Erblanden und vor allem aber die raschen Erfolge der preußisch-deutschen Heere sprachen eindeutig gegen einen österreichischen Kriegseintritt auf französischer Seite. Und als am 1. September 1870 das zweite napoleonische Kaiserreich nach der Schlacht von Sedan zusammengebrochen war, war eine österreichische Intervention zu Gunsten der französischen Republik vollends undenkbar.

Zwar war im Prager Frieden im August des Jahres 1866 nach der Schlacht von Königgrätz im Artikel IV die theoretische Möglichkeit gegeben, gegen die Bildung eines neuen deutschen Kaiserreichs unter den preußischen Königen zu protestieren. Dazu hätte Österreich allerdings der Unterstützung anderer Mächte bedurft. Als Beust, der sich in diesen Tagen österreichischer „Reichskanzler“ nennen durfte, aber erkannte, dass dies nicht zu erreichen war, fand er sich als Realpolitiker mit den gegebenen Tatsachen ab. Damit aber war zweifellos für absehbare Zeit jede Hoffnung verloren, die Vormachtstellung Österreichs in Deutschland zurückzugewinnen. Und damit aber verschärften sich aber auch die Gegensätze im politischen Denken und Fühlen der deutschen Untertanen der Habsburger. Bisher waren ja jene, die sich als „Großdeutsche“ betrachteten, die Vertreter des politischen Anspruchs der Habsburger Monarchie im deutschen Raum, jetzt wurden diese österreichischen Großdeutschen, die prinzipiell auch Deutschnationale waren, geradezu zwangsläufig

zu Anhängern des von Anbeginn heftig bewunderten kleindeutsch-preußischen Kaiserreichs, das Bismarck geschaffen hatte. Auf der anderen Seite hatte der österreichische Staatsgedanke bislang auf einem überaus starken deutschen Führungsanspruch gegründet. Ein großösterreichischer Staatsgedanke, der eine Abkehr von diesem deutschen Führungsanspruch bedeutet hätte, konnte sich allerdings nicht entwickeln, da durch den Dualismus und den Ausgleich mit Ungarn die Magyaren in der östlichen Reichshälfte ihrerseits die ihnen anvertrauten slawischen Nationalitäten rigoros unterdrückten.

Deutsche Gemeinsamkeit durch den Zweibund

Die Deutschen waren nach Königgrätz und vollends nach der bismarckschen Reichsgründung im habsburgischen Kaiserstaat jedenfalls zur Minderheit geworden. Trost und Hoffnung wurden ihnen erst wieder in einer diplomatischen Konstruktion, die in säkularisierter Form auch so etwas wie einen Nachfolger des gesamtmitteleuropäischen alten Reiches war – dem Zweibund. Bald nach dem Berliner Kongress, an dem Bismarcks Deutsches Reich an den „ehrlichen Makler“ zwischen den Großmächten spielen konnte, kam es zu einer immer engeren Bindung der Habsburger Monarchie an das neue Wilhelminische Deutschland. Kurios ist, dass in diesen Jahren in der Innenpolitik der cisleithanischen Reichshälfte der Habsburger Monarchie eine konservative, eher slawenfreundliche Richtung die Oberhand gewonnen hatte, während außenpolitisch eine zunehmend enge Bindung der Doppelmonarchie an das Deutsche Reich geknüpft wurde.

Die Ursache dafür war zweifellos die zunehmende Verstimmung zwischen dem zaristischen Russland und dem neuen Deutschen Reich. Die von panslawischen und orthodoxen Emotionen gelenkte Petersburger Politik, welche insbesondere die Habsburger Monarchie auf dem Balkan konfrontierte, verwies Wien seinerseits auf eine zunehmend enge Rückendeckung durch Berlin. Bismarck, der damals zeitweilig sogar eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Zarenreich fürchtete, wollte das Bündnis mit Österreich-Ungarn möglichst eng gestalten. Er gedachte, es sogar dieses in die Verfassungen beider Staaten einzubauen und durch enge wirtschaftliche Kooperationen zu ergänzen. Damit schienen jene Mitteleuropa-Pläne, die während des Ersten Weltkriegs auf Initiative des Liberalen Friedrich Naumann gemacht wurden, hier vorweg genommen zu sein. Allerdings einigte man sich dann zwischen Wien und Berlin auf ein reines Defensivbündnis, das am 10. Oktober des Jahres 1879 die gegenseitige Hilfestellung im Fall eines russischen Angriffs auf einen der beiden Vertragspartner vereinbarte. Für den Fall eines Eingriffs einer dritten Macht verpflichtete man sich zu wohlwollender Neutralität, welche aktive Hilfe auslösen sollte, sobald der Angreifer die Unterstützung Russlands gewonnen hätte. Vorläufig hat man diesen Vertrag geheim, er wurde nur

Russland mitgeteilt, um dieses vor einem Angriff zu warnen. Tatsächlich veröffentlicht wurde dieser Zweibund-Vertrag dann im Februar des Jahres 1888, da sich damals der österreichische Gegensatz zu Russland doch weiter verschärft hatte. Interessant ist, dass im Zweibund-Vertrag von 1879 für den Fall eines französischen Angriffs gegen das Deutsche Reich keine Beistandsverpflichtung Österreichs vorgesehen war. Wien wollte es eben vermeiden, in den deutsch-französischen Gegensatz hinein gezogen zu werden.

Nachdem im Revolutionsjahr von 1848/49 der letzte machtpolitische Versuch, der allerdings quasi auch schon demokratisch legitimiert war, den großdeutschen und großösterreichischen Gedanken zu einer großräumig geschlossenen Einheit zu verbinden gescheitert war, folgte die „erste deutsche Teilung“ (so der österreichische Republikgründer der Sozialdemokrat Karl Renner) nach der Schlacht von Königgrätz mit einer gewissen historischen Zwangsläufigkeit. Zwei deutsche Kaiser, der preußisch-kleindeutsche unter österreichische, der sich doch nach wie vor als „deutscher Fürst“ bezeichnete, waren die Folge.

Ob Bismarcks Entscheidung, den Habsburger Staat nach Königgrätz nicht zu zertrümmern richtig war, kann im Nachhinein nur schwer beurteilt werden. Möglicherweise hätte er damals den gesamtdeutschen Nationalstaat unter Einbeziehung der Alpen- und Sudetendeutschen schaffen können, wobei dieser natürlich unter preußischer Führung gestanden wäre. Andererseits aber ermöglichte er mit seiner schonungsvollen Politik gegenüber dem Habsburgerreich den Fortbestand jenes deutschbestimmten und doch übernationalen Südosteuropas für ein weiteres halbes Jahrhundert.

Der Schatten der alten Reichsidee bewährte sich somit noch bis 1918 als mitteleuropäisches Ordnungsmodell und zwar deshalb, weil das Wilhelminische Deutschland die Donaumonarchie politisch konsequent abstützte. Diese Einheit in der Zweiheit erwies sich als stärker, als das ihr vorangegangene Reich und der nachfolgende Deutsche Bund, so der geopolitische Denker Heinrich Jordis von Lohausen. Bismarck mutete den Deutschen Österreichs ungewöhnliches zu. Sie waren der wichtigste Stein Bismarcks diesbezüglicher Strategie. Nur als Angehörige der stärksten Nation Europas konnten sie ihre Aufgabe erfüllen, weit mehr noch als vor 1866 benötigten sie nachher den Rückhalt des Reiches, denn nur solange die Ungarn, Slawen und Rumänien sie auch weiterhin als Deutsche betrachteten und sie durch Deutschland gedeckt sahen, genossen sie jenes Ansehen, das es ihnen ermöglichte, als Minderheit die notwendige führende Rolle zu spielen. Ging diese Deckung verloren, dann fehlte ihnen außer dem Gewicht einer zentralen Lage und einer geschlossenen Siedlung fortan

auch das der größeren Zahl. So wurde der Einfluss der Deutschen in der Habsburger Monarchie in den letzten Jahrzehnten und Jahren ihres Bestandes immer schwächer und letztlich vollends in Frage gestellt. Dennoch war dieser Vielvölkerstaat unter deutscher Führung so fest gegründet, dass es eines vierjährigen Weltkrieges bedurfte, um sein Gefüge zu zerbrechen. Was danach folgte, nämlich die Staatenwelt der Zwischenkriegszeit, hatten minderlangen Bestand. Das Jahr 1945 bestätigte die noch auf das Jahr 1850 zurückgehende Voraussage des preußischen Diplomaten Konstantin von Frantz, wonach ein Ausschluss Österreich aus dem Deutschen Bund die russische Westgrenze bis an die Linie Lübeck-Triest herantragen würde. Auf dieser Linie befand sich letztlich die Grenze zwischen Warschauer Pakt und NATO in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs und während des Kalten Krieges.

Bei aller politischen Schwäche und aller politischen Immobilität und auch der militärischen Trägheit bildete die späte Habsburger Monarchie doch jenes zusätzliche Gewicht, das dem Deutschen Reich bis 1914 eine quasi hegemoniale Stellung in Europa ermöglichte. Klar ist dabei, dass die Aufrechterhaltung der dazu notwendigen Habsburger Herrschaft über den Donau- und Karpatenraum nur möglich war durch jenen späten Abglanz der alten heiligen Reichsidee als einziger gesamtabendländischer Überlieferung. Allein die Person des greisen Kaiser Franz Joseph galt nach mehr als 60-jähriger Regierungszeit als Personifizierung dieser Idee. Sein Tod im Jahre 1916 inmitten der Wirren des Weltkrieges bedeutete auch den Untergang des Restes dieses Mythos vom Reich in seiner altdeutschen und in der Folge altösterreichischen Form. Bereits lange Jahre zuvor war mit dem Abgang Otto von Bismarcks aus der Politik und seinen eher schwachen Nachfolgern sein komplexes Bündnissystem, das die Macht des jungen Wilhelminischen Deutschlands absicherte und das europäische Spiel der Mächte einigermaßen im Gleichgewicht hielt, zunehmend abgebröckelt und schwächer geworden. Heinrich Ritter von Srbik, der Großmeister der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung, schreibt dazu in seinem fundamentalen Werk „Die Deutsche Einheit“: „Doch nicht für ein Jahrhundert, wie Bismarck einmal gesagt hat, hat Königgrätz die deutsche Uhr richtig gestellt. Das zweite Reich war nicht zum Untergang verurteilt, weil es gegen den Geist der Zeit geschaffen wurde, nicht in dem Verneinen der Demokratie lag die Ursache und selbst die unzureichende politische Führung der nachbismarckschen Zeit, die im schärfsten Gegensatz zu der hohe Kunst des Reichsgründers stand, hat das Hohenzollernsche Kaiserreich nicht dahinsinken lassen, wie einst das Habsburgische Deutsche Kaisertum dahingesunken war. Nicht konfessionelle Gegensätze haben das zweite Reich, dessen Spitze Bismarck im Kontrast zum Ersten ein evangelisches Kaisertum Deutscher Nation nannte, zum Tod geführt. Auch seine Stunde schlug vor allem deshalb, weil es schließlich Weltpolitik großen Stils ohne das Fundament des einheitlichen

deutschen Volksgedankens trieb. Im zweiten Reich traten Volk und Staat, Geist und Staat auseinander. Es fehlte die große innere Gemeinsamkeit der Kaiserkrone und der breiten Massen des Reichsvolkes, das durch soziale, religiöse und geistige Spannungen zu sehr zergliedert war. Es fehlte der Einklang der staatlichen Reichsmacht und der Geistesmacht, die ein zutiefst getrenntes Leben lebten. Es fehlte das beseelende und beflügelnde realgeistige Dasein. Nur ein Beweis sei angeführt: Als deutsche Notwendigkeit hatte Bismarck Österreichs Unversehrtheit gerettet gegen seinen König, als eine kaum ersetzbare Hilfskraft für das Zweite Reich und sein Volk trachtete er den Donau-Doppelstaat unter deutscher und magyarischer Führung zu erhalten. In der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes aber verengte sich in diesem Zweiten Reich der Volksbegriff so sehr auf den Bundesstaat, dass irrig von der Vollendung der deutschen Einheit gesprochen und, dass irrig Deutschland und Deutsches Reich gleichgesetzt wurde. Als ob nicht Millionen gleichwertiger deutscher Volksgenossen auf uraltem deutschen Volks- und Kulturboden außerhalb des Reiches lebten und für das gesamte Volk arbeiteten, kämpften und litten. Der deutsche Österreicher wurde oft als Österreicher, der deutsche Russland oft als Russe vom Deutschen, dem Angehörigen des Reiches abgehoben und der westliche Begriff der Nation als der im Staat geeinten Menschen gleicher Sprache näherte sich der Mehrheit des deutschen Volkes, das neue Reich vergaß der deutsche Sendung Österreichs und der anderen Auslandsdeutschen. Es gab trotz des Bundesverhältnisses von 1879 kein neues festes politisches Mitteleuropa, keine völlig über die Sicherheit des eigenen Körpers hinausreichende Erneuerung der großen überstaatlichen Ordnungsverpflichtung des alten Reiches.“

Literatur:

- Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen, München 2020
- Wilhelm Brauner/Lothar Höbelt, Sacrum Imperium, Das Reich und Österreich 996 bis 1806, Wien 1996
- Fritz Fellner, Der Dreibund, europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960
- Fritz Fellner, Geschichtsschreibung und nationale Identität, Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien 2002
- Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866, Stuttgart 1898
- Lothar Höbelt, Kornblumen und Kaiseradler, Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 bis 1919, München 1993

- Lothar Höbelt, Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich, eine politische Geschichte, Wien 2009
- Heinrich Jordis von Lohausen, Mut zur Macht. Denken in Kontinenten, Berg am See 1981
- Heinrich Lutz, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867 bis 1871, Frankfurt am Main 1971
- Andreas Mölzer, Zur Identität Österreichs, Gedanken zu Millennium 1996, Wien 1996
- Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit – Idee und Wirklichkeit von Villa Franca bis Königgrätz, Wien, München 1942
- Heinrich Ritter von Srbik, Österreich in der Deutschen Geschichte, München 1936
- Adam Wandruszka Schicksalsjahr 1868, Graz 1966
- Erich Zöllner, Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 1974

Anmerkung 1:

Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit Idee und Wirklichkeit von Villa Franca bis Königgrätz, Band 4, Seite 479